



**ÜBERALL WERDEN DIE KOSTEN DER "FLÜCHTLINGS"-FLUT  
VERSTECKT**

## **70 Millionen aus Landwirtschafts-Etat für Illegale abgezweigt**

Von CHEVROLET | Alle Jahre wieder stellt die Bundesregierung den Haushalt für das nächste Jahr auf, legt fest, was wofür ausgegeben werden soll vom Steuergeld der Bürger. So macht man es in Berlin, in den großen Städten, Kreisen, Städten und Gemeinden.

Schon immer funktionierte das mehr schlecht als recht, aber inzwischen sind ja viele neue Aufgaben hinzugekommen, an die vor 2015 noch niemand denken musste: Millionen von „Flüchtlingen“ und sonstigen Personen, die Asyl beantragen, um sich hier ein süßes Leben machen zu können. Auch sie wollen einen Teil, und immer mehr davon.

Weil aber ein eigener Etat für Merkels Lieblinge einen Aufschrei im Lande des verängstigten Schweigens bedeuten könnte, wird das Thema nach Kräften vermieden. Stattdessen werden die wahren Kosten von Merkels Mohammedaner-Sause lieber verschwiegen und versteckt.

Das fiel auch Stephan Protschka auf. Der ist Bundestagsabgeordneter der AfD und Sprecher für Ernährung und Landwirtschaft. Er schaute sich „seinen“ Bereich im Haushalt einmal ganz genau an.

Und was fiel ihm auf? Selbst da, wo man es nun wirklich nicht erwarten sollte, werden Ausgaben für die Integration von „Flüchtlings“ und Migranten versteckt. Ja, ganz genau. Doch wer erwartet, dass damit diese Personen an die Landwirtschaft und Ernährungsbranche herangeführt werden sollten, vielleicht für den Beruf als Bauer, Metzger oder ähnliches begeistert werden sollte, und das eben auf dem Lande, irrt sich. Oder neue Berufe lernen für die Zukunft in der Heimat. 70 Millionen Euro gehen an Vereine, die etwas für die Integration dieser Leute tun. Also Fußball für minderjährige Flüchtlinge, Tischtennis und vieles mehr.

Dafür entfremdet die Regierung Summen, die der Landwirtschaft zugute kommen sollten, 70 Millionen unwiederbringlich verloren. Deswegen hat die AfD eine kleine Anfrage an die Regierung gestartet. Mal abwarten, welche tollen Argumente sich da finden, das Geld der Bauern und Landwirtschaft, der Menschen auf dem Land, zu verschleudern.



# Widerworte – Weidels Weg

„Als Volkswirtin kann ich nicht achselzuckend zusehen, wie seit Jahren in Europa mit dem geltenden Recht umgegangen wird“. Das sind Worte der Co-Fraktionsvorsitzenden der AfD im Bundestag. Sie stehen ihrem Bestseller [„Widerworte“](#) voran. Ein Buch, das man gelesen haben sollte, wenn man über die AfD mitreden will – ob als Mitglied, Wähler oder Kritiker.

- Widerworte – gegen den ewigen Rechtsbruch seit 2015 und der Grenzöffnung.
- Widerworte – gegen das grünrote Establishment.
- Widerworte – gegen die zwangsfinanzierten GEZ-Leitmedien.
- Widerworte – gegen das Politiker-Kartell von CDU bis „Linke“.
- Widerworte – gegen den Zeitgeist und seine Antifa-Vollstrecker.

Widerworte – leistet Alice Weidel auch heute in Schnellroda. Sie spricht dort vor 150 Schülern und Studenten, die Gäste des „Instituts für Staatspolitik“ (IfS) von Götz Kubitschek sind (*PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner wird darüber in den nächsten Tagen berichten*). Sie gibt jenen Mut, die angesichts von Fridays for Future, Klimawahn und Merkel-Jugend schier am verzweifeln sind und nicht wissen, ob es noch Hoffnung gibt in der Jugend dieses Landes.

Widerworte – spricht Alice Weidel aus, egal was Georg Restle und andere Rot-Funk-Journalisten in „Monitor“ und anderen Propagandaformaten absondern. Weidel lässt sich nicht diktieren, wo sie zu reden hat, was sie zu reden hat, mit wem sie zu reden hat. Weidel ist souverän, belesen, wirtschaftlich kompetent.

Eine Frau, die stark ist ohne Quote. Eine Frau, die kämpfen kann, weil es notwendig ist. Eine Frau, die Kompromisse macht,

wo es empfehlenswert ist, aber dort hart bleibt, wo es die Lage unserer Heimat erfordert. Kurz: Eine Frau, bei der [„Widerworte“](#) kein PR-Gag, kein Werbespruch, sondern Lebensmotto ist. Eine Frau, die wir unterstützen sollten, weil sie uns alle unterstützt.

Alice Weidels „Widerworte“ – eine starke Dosis Freiheit gegen das Gift aller Sozialismen, die uns und unseren Freiheitsräumen zu nahe kommen. Ein Buch, das gelesen werden sollte, weil es zeigt, wohin die AfD als Alternative für unser bürgerliches Lager steuert. Man nennt das wohl – „Pflichtlektüre“!

Bestellinformation:

» Alice Weidel: „Widerworte“ – [hier bestellen!](#)

---



## **SPD und AfD arbeiten auf Rügen zusammen**

Von H.G. | Da mögen die Parteioberen von SPD und CDU Gift und Galle spucken und vor Wut schäumen wie Rumpelstilzchen – ihre Gefolgsleute in einigen Kommunen zeigen ihnen eine lange Nase und kooperieren zunehmend mit den „Schmuddelkindern“ von der AfD. Wie jetzt in Sassnitz auf Rügen. In der 9000 Einwohner-Stadt an der Ostsee unweit von Kreideküste und Königsstuhl reichen SPD und AfD gemeinsam sieben Anträge im

Kommunalparlament ein [\(siehe NDR-Videobeitrag hier\)](#).

Immer wieder hieß es von den Spitzen der Berliner Regierungskoalitionäre, dass eine Zusammenarbeit mit den Alternativen vollkommen ausgeschlossen sein müsse. Doch auf kommunaler Ebene „ticken die Uhren anders“, [erkennt selbst die FAZ](#).

Es gab schon mehrere Kooperationen zwischen CDU und AfD. So zum Beispiel [nach der Sachsenwahl in Radebeul](#), als in geheimer Kampfabstimmung, rechnerisch gesehen, drei CDU-Leute für einen AfD-Mann gestimmt und diesem zum Abstimmungssieg verholfen haben. In zahlreichen Gemeinden testeten CDU-Leute die Annäherung an die Rechten. So in Chemnitz, Pirna, Görlitz, Gohrisch. [Laut Report Mainz](#) gibt es in 18 Kommunen Hinweise auf eine Zusammenarbeit von AfD und CDU. In Hessen wählten SPD, CDU und FDP-Vertreter zuletzt sogar einen NPD-Mann zum Ortsvorsteher [\(PI-NEWS berichtete\)](#).

Kehrt unten in den Kommunen und ihren Partei-Vertretungen langsam die Vernunft ein nach jahrelanger Hetze gegen die AfD von oben? Erweist sich am Ende die friedvolle Sacharbeit zwischen Stadt- und Gemeinderatskollegen stärker als die ausgrenzende Strategie der Berliner Führungskaste?

Das scheint jedenfalls in Sassnitz so zu sein. „Wenn er jenseits von Parteipolitik etwas für die Stadt tun könne, dann werde er das tun“, sagt Norbert Benedict von der SPD im Stadtrat. Die SPD kam bei der vergangenen Kommunalwahl auf 15,5 Prozent, die AfD mit 14,4 Prozent auf den Fersen. Man müsse miteinander reden, das erwarten die Menschen, urteilt Benedict.

Begünstigend für die sachbezogene Zusammenarbeit erweist sich womöglich, dass sich AfDler und Sozis seit vielen Jahren kennen, glaubt ein Kenner der Szene. Linke und CDU gelten dagegen als reine Apparatschicks. SPD-Mann Benedict sieht`s nüchtern und demokratisch: Das seien Menschen, die gewählt

wurden, urteilt er über die AfD-Leute im Stadtrat. Da schaue er nicht auf das Parteibuch.

Ob es den Parteiführern der Altparteien gefällt oder nicht, eines scheint sich herauszuschälen, wie es das Portal [„Endstation Rechts“](#) formulierte: „Dahinter dürfte auch ein Signal an die Parteispitze stehen. In der Basis scheint der Handschlag mit der AfD deutlich mehr Zustimmung zu finden, als bei der Führungsebene.“



Der Co-Landesvorstandssprecher der AfD Mecklenburg-Vorpommern, Leif-Erik Holm, äußerte sich auf seiner [Facebook-Seite nachdrücklich zum Sachverhalt](#): „Jetzt wird sich zeigen, welche Parteien wirklich an sachorientierter Zusammenarbeit interessiert sind. Die AfD hat immer deutlich gemacht, dass wir mit jedem zusammenarbeiten, der vernünftige Politik im Sinne unserer Bürger macht. Dass die Führung der Landes-SPD jetzt ihre eigenen Mitglieder einschüchtert und auffordert, die Anträge zurückzuziehen, zeigt das ganze Elend dieser ehemaligen Volkspartei. Da brauchen sich Frau Schwesig und Herr Barlen über ihre miserablen Umfragewerte nicht zu wundern.“

Und weiter: „Die Bürger haben von dieser moralinsauren weltfremden Ausgrenzeritis der Genossen die Nase gestrichen voll. Ich fordere die SPD auf, ihre Hetzkampagne gegen die AfD und die Sassnitzer SPD-Genossen unverzüglich einzustellen und endlich zur Sacharbeit überzugehen“.

---



# AfD startet Kampagne „Grüne stoppen! – Umwelt schützen!“

Am Freitag trifft sich das Klimakabinett der Bundesregierung, um unter dem Deckmantel der Klimarettung wieder einmal zusätzliche finanzielle Belastungen für die Bürger Deutschlands zu beschließen. Die CSU will Flugpreise weiter verteuern, die SPD Ölheizungen verbieten und die Grünen wollen die Atemluft besteuern und als Vielfliegerpartei allen, die weniger als sie selbst verdienen, das Fliegen verbieten. Die CDU trägt alles mit, vom Kohle-Ausstieg bis zur CO<sub>2</sub>-Steuer, solange Merkel weiter Kanzlerin bleiben darf.

AfD-Bundessprecher Prof. Dr. Jörg Meuthen: „Um es klar zu sagen: Diese Politiker haben nicht das Zeug dazu, die Welt zu retten. Aber sie schicken sich an, Deutschland zu ruinieren: Sie gefährden unseren Wohlstand, unsere Freiheit und nicht zuletzt unsere heimatliche Umwelt. Dem treten wir entgegen: Mit Leidenschaft, Vernunft und besseren Argumenten. Denn wer unsere Heimat liebt, der muss ihre Umwelt schützen und gleichzeitig die Grünen stoppen!“

Deshalb hat die AfD am Donnerstag ihre neue Kampagnenseite zur alternativen Umweltpolitik unter der Adresse [www.afd.de/umwelt](http://www.afd.de/umwelt) veröffentlicht.

Dort findet man:

- die wichtigsten Punkte des AfD-Umweltprogramms

- den Kampagnenfilm „5 Grüne Umweltsünden“ (siehe oben)
- die Kampagnen-Faltblätter „Schöne grüne Welt?“, „Wer heute grüne Träume hegt“ und „Wird grüne Politik die Welt retten?“
- das Kampagnen-Logo „Grüne stoppen – Umwelt schützen!“

AfD-Umweltpolitiker Karsten Hilse, umweltpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und prominenter Kopf auf den neuen Kampagnen-Faltblättern, erklärt dazu: „Klimawandel ist ein natürlicher Prozess seit Hunderten Millionen von Jahren. Hauptwirkfaktoren sind die Sonne, kosmische Strahlung, Erdbahnparameter und Wasserdampf in der Atmosphäre. Trotz dieser Tatsachen gibt die Bundesregierung viele Milliarden Euro für die Energiewende aus, müssen die Deutschen die höchsten Strompreise in ganz Europa bezahlen, werden bis zu 100.000 Vögel und bis zu 200.000 Fledermäuse pro Jahr durch Windindustrieanlagen getötet, Lebensraum für Fauna und Flora und Kulturlandschaften in unvorstellbarer Größe vernichtet und die Versorgungssicherheit mit Strom akut gefährdet. Die AfD fordert, die Energiewende, die außerdem zum Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen führen wird, sofort zu beenden und zu einer vernünftigen Energie- und Wirtschaftspolitik zurückzukehren.“

AfD-Bundesvize Georg Pazderski bezeichnet den Klima-Wahn und die Klima-Kriegsberichterstattung in Deutschland als ignoranten Alleingang: „Das Desinteresse der USA an Greta zeigt, dass Deutschland sich mit seiner Notstandspanik zunehmend isoliert. Das schadet unserem Land und hilft der Umwelt nicht im Geringsten. Andere europäische Staaten erreichen ihre Emissionsziele mit dem Ausbau der Kernenergie, die zukünftig ohne Endlagerstätten auskommen kann. Auch Deutschland muss neue, zukunftsweisende Technologien entwickeln und nutzen. Wir verfehlen diese Ziele, haben keinen echten Ersatz für die Kohle und vernichten immer mehr Natur durch gigantische Windparks und gefährden hunderttausende Arbeitsplätze durch unsinnige Autohass-Politik. Die AfD wehrt



sich darum gegen PR-getriebenen Aktionismus und den Missbrauch aufgehetzter junger Leute als Demomasse. Wir stehen als bürgerlich-konservative Kraft für eine Umweltpolitik, die nicht alleine der Klimaindustrie dient, sondern unsere Heimat, ihre Menschen und ihre Natur schützt.“

---



## **Mike Mohring (CDU-Thüringen): Seehofers Aufnahmebereitschaft ist ein Anreizsystem**

Horst Seehofer, deutscher Innenminister, hat für sich etwas verspätet die Profilierungsmöglichkeiten entdeckt, die man bei Merkel und ihrem linken Anhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen bewirken kann. 25 Prozent hat er ihr hechelnd vor die Bettkante getragen, 25 Prozent aller „Flüchtlinge“ will er aufnehmen, die die Schlepper jetzt wieder in Italien anlanden dürfen.

Das Lob der Mutter aller Flüchtlinge blieb aus. Dafür meldete sich Mike Mohring aus Thüringen not amused. Als CDU-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl am 27. Oktober braucht man keine neuen Flüchtlinge, sondern Wählerstimmen. Und man entdeckt ganz plötzlich eine Wahrheit, auf die vorher mit der

Nazikeule eingedroschen wurde, sobald sie nur ganz leise (von der AfD) geäußert wurde:

Indem man eine Garantie für die Aufnahme von „Flüchtlings“ und „Geretteten“ gibt (wie jetzt Horst Seehofer), ermuntert man neue Menschen zur Flucht und diese außerdem dazu, sich in eine Notsituation zu bringen, die eine Rettung nach Deutschland nach sich zieht.

Es sind noch zu viele bzw. es werden sogar immer mehr, die diese Zusammenhänge verstehen, und eben leider auch die Wähler. Deshalb bestätigte [Mohring jetzt vor der Wahl](#) die AfD-Hypothese von der Sogwirkung der deutschen Aufnahmebereitschaft:

*Der Thüringer CDU-Landtags-Spitzenkandidat Mike Mohring und Bayerns CSU-Landtagsfraktionschef Thomas Kreuzer lehnten die von Seehofer vorgeschlagene Quote klar ab. „Anreizsysteme durch Zwischenlösungen, glaube ich, sind kein guter Weg“, sagte Mohring. [...]*

*Seehofer hatte mitgeteilt, dass Deutschland bis auf Weiteres ein Viertel der aus Seenot geretteten Migranten übernehmen wolle, die vor Italien ankommen. Zuletzt hatten die Menschen teils wochenlang auf Rettungsschiffen ausharren müssen, während EU-Staaten darüber verhandelten, wer sie aufnehmen würde. [...]*

*Mohring sagte zu Seehofers Vorstoß: „Ich glaube, es ist gut, wenn wir in der Flüchtlingspolitik nicht jede Woche Maßstäbe neu verschieben.“ Es sei Aufgabe der EU, für einen geordneten Mechanismus zu sorgen, wie man mit aus Seenot geretteten Flüchtlingen auf dem Mittelmeer umgeht.*

*„Wir dürfen keine Anreize setzen, dass die Schlepperfunktion sozusagen zur Dauereinrichtung wird. Und auch neue Provisorien bei der EU mit Blick auf Verteilmechanismen werden am Ende nur Dauereinrichtungen werden“, warnte der Thüringer CDU-Chef.*

Bitte noch einmal auf der Zunge zergehen lassen:

Mike Mohring, Spitzenkandidat der CDU-Thüringen sagt:

- Die derzeitige „Rettung“ im Mittelmeer ist eine „Schlepperfunktion“.
- Indem eine Aufnahmebereitschaft (wie jetzt von Seehofer) gezeigt wird, wird ein „Anreiz“ für diese „Schlepperfunktion“ gegeben,
- die sich dadurch zu einer „Dauereinrichtung“ verfestigt.

Das ZDF würde jetzt fragen: Wer hat das gesagt? Ein NPD-Bürgermeister, Bedford-Strohm von der evangelischen Kirche oder Björn Höcke? Nein, es war Mike Mohring, Spitzenkandidat der CDU vor der anstehenden Landtagswahl am 27. Oktober.

Vor der Wahl steigt bekanntlich bei Altparteien-Politikern die Fähigkeit an, der Wahrheit ihren Platz einzuräumen, auch wenn man sich dann anschließend wieder vom „Pack“ distanzieren muss. Dafür hat der Mike allerdings jetzt schon vorgesorgt. Seine wahre Motivation bei all den Flüchtlingsproblemen und den Vorschlägen von Seehofer hat er so nonchalant auch gesagt. Seine Äußerungen seien nur taktische Manöver seines Kampfes gegen Rechts. Mohring wörtlich über seine wahren edlen Absichten:

*„Anreizsysteme durch Zwischenlösungen, glaube ich, sind kein guter Weg [...] Das stärkt nur wieder die, die am rechten Rand stehen.“*

Wenn man die erfolgreich mit der nächsten GroKo in Thüringen überboten haben wird, dürfen nach der Wahl auch Seehofers 25 Prozent Flüchtlinge wieder nachkommen. Wort drauf!

Wie sagte doch [Björn Höcke in seiner Rede](#) zum Wahlkampfauftakt der AfD-Thüringen am Mittwoch in Arnstadt über Mohring: „Mike Mohring will Ministerpräsident werden, koste es was es wolle. Und für diesen persönlichen Ehrgeiz ist er bereit, jeden

Inhalt zu opfern und jeden taktischen Winkelzug zu begehen.“

---



## Video: Wahlkampfauftakt der AfD-Thüringen in Arnstadt

Wir berichten heute live vom Landtagswahlkampfauftakt der AfD in Arnstadt. Als Redner werden Bundessprecher Alexander Gauland, der Berliner Bundestagsabgeordnete [Gottfried Curio](#), Kreissprecher [Marcus Bühl, AfD MdB](#) sowie der thüringische Spitzenkandidat [Björn Höcke](#) erwartet. In einer Talkrunde werden weiterhin unter anderem Andreas Kalbitz, [Martin Reichardt MdB](#) und [Jörg Urban](#) auftreten.

---



# Assads Generalamnestie ermöglicht Rückkehr syrischer Flüchtlinge

Am 14. September 2019 erließ die Regierung der Syrischen Arabischen Republik unter ihrem Präsidenten Bashar al-Assad mit dem „Dekret Nr. 20“ eine Generalamnestie für alle vor dem 14. September 2019 begangenen Verbrechen. Sie reiht sich ein in eine Vielzahl bereits erlassener Begnadigungserlasse, allerdings beschränkten sich diese nur auf den militärischen Bereich. Die Generalamnestie vom 14. September ist die erste, die auch dezidiert den zivilen Bereich beinhaltet, soll sie doch in erster Linie dabei helfen, syrischen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat zu erleichtern.

Frank Pasemann, Leiter der Kontaktgruppe Syrien in der AfD-Bundestagsfraktion, erklärt: „Mit der Generalamnestie vom 14. September 2019 macht der Präsident der Syrischen Arabischen Republik, Bashar al-Assad, den Weg für Hunderttausende Flüchtlinge frei, zurück in ihre Heimat zu gehen und dort den Wiederaufbau voranzubringen. Das Land ist inzwischen auch weitestgehend befriedet, weshalb es keinen Grund mehr gibt, hier in Deutschland, fernab der Heimat zu bleiben.“

Der Wiederaufbau des vom Bürgerkrieg stark gezeichneten Landes hat nun höchste Priorität. Dies ist auch der Regierung unter Präsident Bashar al-Assad klar. Sie fordert bereits seit geraumer Zeit all jene Syrer auf, wieder in ihre Heimat zurückzukehren, die vor dem Bürgerkrieg flohen.

Die Generalamnestie ist ein weiteres Signal der Versöhnung Assads. Auch die Bundesregierung könnte einen großen Teil zur Normalisierung in Syrien und vor allem dem Wiederaufbau beitragen. Ein wichtiger Schritt hierfür wäre die Anerkennung der Regierung unter Bashar al-Assad sowie die Wiederaufnahme

vollwertiger diplomatischer Beziehungen.

„Es ist unverständlich“, so Pasemann weiter, „dass die Bundesregierung die Regierung eines souveränen Staates nicht anerkennt und damit den Wiederaufbau Syriens erheblich behindert, wenn nicht gar gefährdet. Stattdessen fließen hohe Summen in die Kassen von Terroristen, die sich als Regierung gerieren und den Bürgerkrieg in Gange halten.“

---



## **Mieses Spiel der CSU: Antrag der AfD erst abgelehnt, dann kopiert**

Von EUGEN PRINZ | Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder hat sich vorgestern für ein gesetzliches Verbot von Negativzinsen ausgesprochen. Sollte sich dieses politisch nicht durchsetzen lassen, plädiert Söder dafür, die Strafzinsen steuerlich absetzbar zu machen. Interessanterweise hatte die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag bereits im Mai einen Dringlichkeitsantrag im Plenum eingebracht, in dem gefordert wurde, dass Negativzinsen als negative Einnahmen steuerlich berücksichtigt werden. Die CSU-Fraktion stimmte damals gegen den Antrag, die anderen Parteien folgten diesem erbärmlichen Beispiel. Und nun kopiert die CSU den Antrag der AfD, bringt ihn selbst und will damit Punkte beim Wähler

sammeln. Dazu sagt Katrin Ebner-Steiner, Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag:

*„Die CSU betreibt Wählertäuschung. Im Plenum lehnt sie unseren Antrag ab, nur um ein paar Monate später das Thema selbst aufzugreifen. Da braucht man sich nicht mehr über die hohe Politikverdrossenheit der Bürger zu wundern. Der CSU-Landtagsabgeordnete Wolfgang Fackler warf uns damals in der Aussprache zum Antrag ‚Provokation und Populismus‘ vor. Angeblich hätte es sich auch nicht um ‚ein flächendeckendes strukturelles Phänomen‘ gehandelt. Offensichtlich sieht das Ministerpräsident Söder anders. Wir treiben ihn inhaltlich vor uns her. Populistisch geht in der Sache allein die CSU vor. Die AfD-Fraktion unterstützt im Plenum sinnvolle Vorhaben anderer Fraktionen und schmückt sich nicht mit fremden Federn. Alle, die behaupten, die AfD provoziere nur, werden hier Lügen gestraft.“*

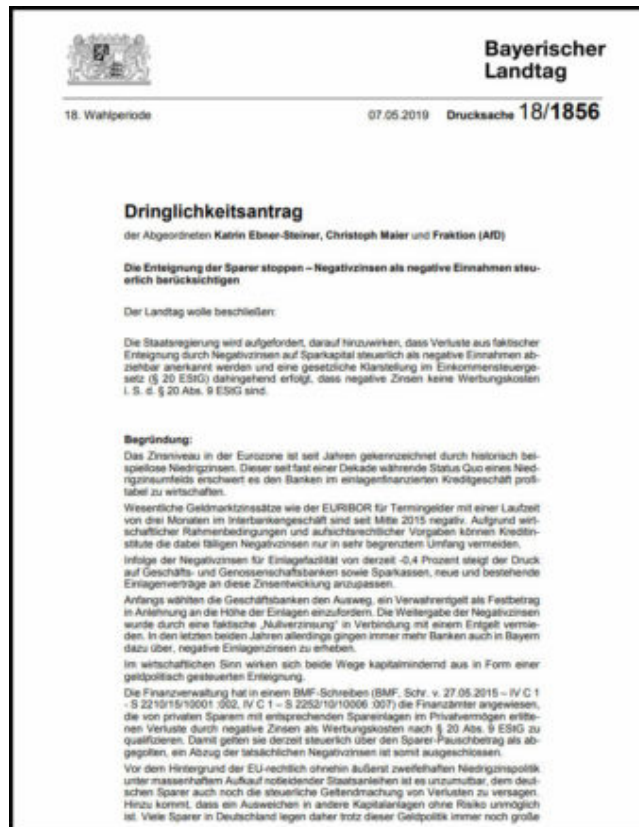
## **Sparen darf nicht bestraft werden**

In dem Antrag der AfD vom 7. Mai 2019 hieß es zurecht: Vor dem Hintergrund der EU-rechtlich ohnehin äußerst zweifelhaften Niedrigzinspolitik unter massenhaftem Aufkauf notleidender Staatsanleihen ist es unzumutbar, dem deutschen Sparer auch noch die steuerliche Geltendmachung von Verlusten zu versagen. Hinzu kommt, dass ein Ausweichen in andere Kapitalanlagen ohne Risiko unmöglich

ist. Viele Sparer in Deutschland legen daher trotz dieser Geldpolitik immer noch große Beträge in Termin-, Sicht- oder Spareinlagen an und können von dieser Entscheidung der Finanzverwaltung in absehbarer Zeit negativ betroffen sein.

Zum Schutz der deutschen Sparer und des deutschen Volksvermögens vor Enteignung

und Altersarmut ist rasches und entschlossenes Handeln geboten.



Der Dringlichkeitsantrag der AfD wurde im bayerischen Landtag abgelehnt.

Obwohl man die Vorgehensweise der CSU und des Ministerpräsidenten Söder nur als erbärmlich und kleingeistig bezeichnen kann, hat die AfD-Fraktion im bayerischen Landtag mit ihrer Vorsitzenden Katrin Ebner-Steiner zumindest einen Trost: Die AfD im bayerischen Landtag wirkt!



Eugen Prinz  
im Mai 2019  
auf dem  
Kongress der



Neuen Medien  
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).

---



## Nicole Höchst: Lehrstühle für Gendergedöns und Pornos

In der Aussprache des Deutschen Bundestages zum Haushalt 2020 am vergangenen Donnerstag hat Nicole Höchst, ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, die zuständige Bundesministerin mit eindringlichen Worten zur Bildungswende und zur Abkehr von der Ideologie aufgerufen. „Mehr Meister als Master“, das Motto der AfD-Bildungspolitik, stellte Nicole Höchst dabei an den Anfang ihrer Rede. Fachkräftemangel und Abiturschwemme seien zwei Seiten einer Medaille.

Während im Jahr 2018 das betriebliche Ausbildungsangebot einen neuen Höchststand erreicht habe, breche Deutschland gleichwohl

keine Rekorde in der betrieblichen Bildung. Deutschlands Bildungsrekorde seien vielmehr alles andere als rühmlich. In Sachen Studienabbrecher, unbesetzt bleibende Ausbildungsplätze und unausgebildet bleibende Jugendliche ist Deutschland Spitze. Ebenso in Sachen Gender und Gedöns. Pornowissenschaften könne man an der HU Berlin studieren, unter der Prämisse „Konsens und Vielfalt – Faire Pornographie“.

Wer hätte gedacht, dass eine deutsche Bildungsministerin sich von einer Oppositionspolitikerin solche Vorhalte machen lassen muss? Indes leben wir in Zeiten, denen wegen zusammenplagiierter Dissertationen zurückgetretene Regierungsmitglieder nicht fremd sind, mit Annette Schavan auch in der Gestalt einer vormaligen Bundesbildungsministerin. Das Land der Dichter und der Denker, der Ingenieure, ein Opfer der Genderisten und diplomierten Pornographiker, die das Abseitige, Dekadente, die den Niedergang vergötzen! Und an der Spitze des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eine farblose Frau ..., Moment, Autor muss kurz googeln, eine farblose Frau Karliczek.

„Ein ideologiefreies Deutschland hätte längst zig Alternativen zum Verbrennungsmotor erfunden. Deutschland darf das nicht! Wir müssen uns deindustrialisieren, verblöden, durchgendern und verarmen“, so Nicole Höchst. Ein entschlossenes Gesamtkonzept, ein Herumreißen des Ruders sei erforderlich, eine konsequente Streichung sämtlicher ideologiegetriebener Posten im Haushalt. Für den Bildungsetat bedeutet das nach Nicole Höchst: Wiedereinsetzung der beruflichen Bildung in jenen hohen Rang, den die berufliche Bildung verdient. Als Garantin für den Wirtschaftsstandort Deutschland, als Garantin für „Wohlstand für alle“, als unabdingbare Voraussetzung für nicht weniger als die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.



# Miazga als bayerische AfD-Chefin – Alptraum des politischen Gegners

Von EUGEN PRINZ | Die Mainstream-Medien in Deutschland wurden von der Wahl Corinna Miazgas zur Vorsitzenden des AfD-Landesverbandes Bayern kalt erwischt, denn sie ist die Besetzung, mit der sich die AfD-Hasser in Politik und etablierter Medienlandschaft am allerschwersten tun. Deren Wunschkandidatin war vermutlich Katrin Ebner-Steiner. Die hätte man als Landesvorsitzende der AfD flugs zur Stadthalterin Höckes im Freistaat hochstilisiert und getitelt: „Rechtsruck der bayerischen AfD: Katrin Ebner-Steiner zur neuen Landesvorsitzenden gewählt“.

## Corinna Miazga schwer angreifbar

Dummerweise für die AfD-Hasser machte jedoch nicht deren Reizfigur das Rennen, sondern die deutlich schwerer angreifbare Corinna Miazga. Das Wort „Reizfigur“ versteht sich hier übrigens ausdrücklich als Lob für die unbeugsame Patriotin Ebner-Steiner, die bei dieser Wahl den Kürzeren gezogen hat und das Ergebnis mit bewundernswerter Fairness und Haltung akzeptierte. Ohne Zweifel ist „die Katrin“ für die bayerische AfD unverzichtbar und in Ostbayern ein großer Wählermagnet.

Doch zurück zu Corinna Miazga. Was es für die etablierten Politiker und ihre Handlanger bei den Mainstream Medien in Zukunft so schwer machen wird, die bayerische AfD in ein schlechtes Licht zu rücken ist, dass sie es bei der neuen Landesvorsitzenden mit einem absoluten Medienprofi zu tun haben. Ein Naturtalent, das man ohne Vorbereitung in eine hochkarätig bestückte Talkshow setzen und sicher sein kann, dass sie dort das Feld dominiert. Kostprobe gefällig? Bitte schön:

Schon kurz nach der Wahl hatte Miazga ein halbes Dutzend Mikrofone vor der Nase und die Fragen der Reporter prasselten auf sie nieder:

*Reporter: „Frau Miazga, spüren Sie als Landesvorsitzende den Einfluss des rechten Flügels?“*

*(Miazga schaut auf die Uhr)*

*Miazga: „Ich bin seit einer halben Stunde in diesem Amt. Was soll ich da spüren?“*

*Reporter: „Frau Miazga, gibt es mit Ihnen einen Rechtsruck im bayerischen Landesverband der AfD?“*

*Miazga: „Die Partei rutscht nicht nach links oder nach Rechts sondern ich hoffe nach vorne.“*

Ebenso wie die Reporter vor Ort werden auch die anderen Medienvertreter sehr schnell zur Erkenntnis gelangen, dass sie bei Interviews auf Corinna Miazgas Spielwiese sind, und nicht umgekehrt. Da wird es wenige in der AfD geben, die ihr das Wasser reichen können.

Das Schlimmste für die Etablierten ist jedoch, dass man Miazga nicht in die Nazi-Ecke stellen kann, ohne sich unglaublich zu machen. Dass sie durch ihr sympathisches Auftreten, ihre intelligente Schlagfertigkeit und ihr hübsches Äußeres vielen Wählern die (von den Medien erzeugte) Angst vor der AfD nimmt, macht sie zum Alptraum der etablierten Parteien und ihrer Hofberichterstatler.

## **Privatangelegenheiten werden thematisiert**

Deshalb haben manche Blätter schon angefangen, jeden Stein nach einem Schmutzkrümelchen umzudrehen, mit dem sie die neue Landesvorsitzende bewerfen können. Die Deutsche Presseagentur (dpa) tut sich hier besonders hervor, indem sie das „Scheitern ihrer Ehe“ erwähnt.

Warum das für die Leser in einer Zeit, in der knapp 40% der Ehen den Bach runter gehen, eine Nachricht sein soll, entzieht sich dem Verständnis. Aber da es von der dpa thematisiert wird, erlaubt sich PI-NEWS zu ergänzen, dass Corinna Miazga weiterhin große Unterstützung von ihrem Noch-Ehemann erfährt und die Mainstream-Medien auf einen Rosenkrieg vergeblich warten werden. Auch auf dem Landesparteitag kam das Thema zur Sprache, als die Frage auftauchte, warum Miazga den Kreisverband wechselt und nach Regensburg geht. Hier ist der Grund dafür. Und in Regensburg hat sie einige Bezugspunkte, die aber ebenfalls ihre Privatangelegenheit sind und nichts mit amourösen Angelegenheiten zu tun haben, falls das jemand vermutet haben sollte.

## **Vorankündigung: Bald Exklusivinterview mit Corianna Miazga**

Thematisiert wurde in den Mainstream Medien auch noch ihr Verhältnis zum Flügel, ihr beruflicher Werdegang und weiteres. An dieser Stelle hier eine Vorankündigung: Corinna Miazga wird sich in einem Exklusiv-Interview in einigen Tagen auf PI-NEWS zu diesen Themen äußern.

## **BRANDHEISS Episode # 10**

Und es gibt noch etwas erfreuliches zu vermelden: Die Sommerpause des Bundestages ist vorbei und damit auch die Sommerpause der Sendung BRANDHEISS. Deshalb meldet sich das bewährte Team Corinna Miazga und Stephan Brandner mit der 10. Folge von BRANDHEISS aus der Ruhepause wieder zurück. Die Kalenderwoche 37 im Bundestag stand unter dem Motto:

## 1. Haushaltswoche 2020

Hier die Einzeldebatten aus der Sendung:

Einzelplan 30 – [Bildung und Forschung](#)

Einzelplan 14 – [Verteidigung](#)

Einzelplan 04 – [Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt](#)

Einzelplan 07 – [Justiz und Verbraucherschutz](#)

Es handelt sich bei der Episode #10 zweifellos um die bisher humorvollste Folge dieser Serie. Es bleibt zu hoffen, dass Corinna Miazga trotz ihrer neuen, schwierigen Aufgabe noch die Zeit findet, ihren Youtube Kanal weiterhin mit ihren unterhaltsamen und informativen Videos zu versorgen.

» [YouTube Kanal von Corinna Miazga](#)

---



Eugen Prinz  
im Mai 2019  
auf dem  
Kongress der  
Neuen Medien  
in Berlin.

*[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).*



# Höcke entlarvt GEZ- Auftragstäter

[“Skandal”](#) kreischen heute die Schlagzeilen im Mainstream-Blätterwald der Republik. Björn Höcke, der “Teufel der AfD”, die Reinkarnation des Bösen, habe wieder mal zugeschlagen: sich erdreistet ein Interview mit den öffentlich-rechtlichen Gralshütern der Wahrheit einfach abubrechen, die Journalisten gar übel zu bedrohen. Die Wahrheit könnte nicht weiter entfernt liegen. Lügenpresse bleibt eben Lügenpresse.

Was war geschehen? Das ZDF-Politmagazin [“Berlin direkt”](#) hatte ein Interview bei Björn Höcke zum Start des Thüringen-Wahlkampfes und dessen bundespolitischer Bedeutung angefragt. Die voraussichtliche Gesamtdauer des Interviews sollte zehn bis 15 Minuten dauern. Heraus kam ein zwölfminütiger Tribunal-Versuch, in dem es ausschließlich um einige aus dem Kontext gerissene Zitate aus dem Höcke-Buch [“Niemals zweimal im selben Fluss”](#) ging. Mithilfe dieser Zitate – mit einer für heutige Politiker zugegebenermaßen ungewöhnlichen Sprache – sollte Höcke dann vom ZDF-Reporter David Gebhard auf schäbigste Art und Weise in eine direkte Traditionslinie zur Sprache des Nationalsozialismus und Adolf Hitler höchstpersönlich gebracht werden. Vom “großen Teufel” zum “kleinen Teufel” sozusagen.

Mal wieder zwangsgebührenfinanziertes Schmierentheater vom Feinsten also, das mit Blick auf sonst übliche

Interviewformate mit Politikern der Kartellparteien in "Berlin direkt" völlig aus dem Rahmen fiel. Weshalb Höcke-Sprecher Günther Lachmann, seines Zeichens selbst ehemals leitender WELT-Journalist, nach 12 Minuten dazwischen ging und die gebrochenen Vorabsprachen rügte. Nach einer kurzen Diskussion zwischen David Gebhard, Lachmann und Höcke beendete letzterer dann schließlich die Verhörsituation mit der "unglaublichen Drohung", dass er künftig für solche ZDF-Interviews nicht mehr zur Verfügung stehen werde, auch wenn er mal eine "interessante politische Persönlichkeit" sei. Er, Höcke, sei schließlich auch nur ein Mensch.

Im Interview selbst hat sich Höcke trotz des unredlichen Verhaltens des ZDF-Reporters äußerst souverän und klug verhalten. Präzise Rhetorik weitab von plumpen Wahlkampfparolen und intellektueller Tiefgang statt der immer gleichen öden und glattpolierten 08/15-Politikersprechblasen. Höcke zeigte sich einmal mehr als unorthodoxer Politiker, dem man seinen Idealismus und seine tiefe Überzeugung abnimmt und der im persönlichen Gespräch selbst in einer solch feindseligen Stresssituation noch sympathisch und menschlich rüber kommt.

Deshalb lautet die einzige Manöverkritik auch, dass der durch den Höcke-Sprecher initiierte Abbruch des Interviews eigentlich gar nicht nötig gewesen wäre. Schließlich hat Höcke durch seine souveränen Antworten die Machenschaften des politisch motivierten GEZ-Staatsfernsehens weitaus mehr "entlarvt" als umgekehrt. Was natürlich auch der Grund dafür ist, warum Höcke das größte Feindbild des politisch-medialen Establishments ist und auf absehbare Zeit bleiben wird. Denn Politiker wie Höcke sind wirklich eine Gefahr für die derzeit Herrschenden, die unser demokratisches System pervertiert und das eigene Volk verraten haben.

Kontakt:

» David Gebhard: [gebhard.d@zdf.de](mailto:gebhard.d@zdf.de) oder Tel.: 030-2099-1140



---

P.S.: Wer Höcke und andere AfD-Hochkaräter wie Alexander Gauland und Gottfried Curio nicht nur im Fernsehen, sondern auch mal live erleben will, kann das am Mittwoch um 18 Uhr in Arnstadt tun. Für alle, die nicht selbst vor Ort sein können, wird PI-NEWS den Livestream in einem Extra-Artikel übertragen.



---

## Wahlkampfauftritt der AfD-Thüringen

Am Wochenende gab Björn Höcke den Startschuss zur heißen Phase des Landtagswahlkampfes in Thüringen. Sechs Wochen vor dem Urnengang brach der sportliche Vordenker des AfD-Flügels zu einer Radtour durch seinen Heimatwahlkreis auf. Quer durch die romantisch-idyllische Hügellandschaft des Eichsfelds, vorbei

an imposanten Baudenkmalern wie der Burg Hanstein oberhalb von Höckes Wohnort Bornhagen.

Dabei säumten nicht nur Passanten und Schaulustige den Weg, sondern auch schon eine beeindruckende Plakatierung in den meisten Gemeinden. Während von den Kartellparteien an diesem Wochenende zumindest im Eichsfeld noch kaum eine öffentliche Präsenz zu sehen war, lachten die blauen AfD-Plakate mit der Sonne um die Wette.

Gute Vorzeichen also für einen aktiven und wahrnehmbaren Straßenwahlkampf. Ein Wahlkampf, der sowohl auf Plakaten als auch mit Aktionen wie der Eichsfeldtour stark auf den charismatischen Spitzenkandidaten zugeschnitten und personalisiert ist.

Nicht nur mit Plakatlosungen wie "Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist" werden bewusst Anleihen an erfolgreiche Kampagnen des inzwischen über "Ibizagate" gestolperten ehemaligen FPÖ-Chefs HC Strache genommen. Es bleibt der AfD zu wünschen, dass dies auch zu FPÖ-ähnlichen Ergebnissen mit deutlich über 20 % der Stimmen führen wird. Die Zeichen dafür stehen gerade in Thüringen gut.

Wer den letzten Wahlkampf dieses Jahres, der Auswirkungen auf die deutsche Politik weit über Thüringen hinaus haben wird, [unterstützen will](#), kann das auf verschiedene Weise tun.

Sämtliche Informationen dazu – z.B. über Hilfe an Wahlständen, bei der Plakatierung oder Flugblattverteilung – gibt es unter der Rubrik "Landtagswahl" auf der [Internetseite des AfD-Landesverbandes](#). Ebenso wie man dort alles über die Kandidaten, das Wahlprogramm und weitere öffentliche Veranstaltungen erfahren kann.

Das kleine Bundesland in der geographischen Mitte Deutschlands wird in den nächsten Wochen auch politisch und medial in den Fokus geraten. Patrioten aus ganz Deutschland haben es jetzt mit in der Hand, dass am 27. Oktober das Entsetzen bei

Kartellparteien und Mainstreammedien angesichts eines fulminanten Erfolgs ihres Lieblings-Feindbildes beispiellos sein wird.



» Weitere Fotos von der Eichsfeld-Tour auf der [Facebookseite von Björn Höcke](#)



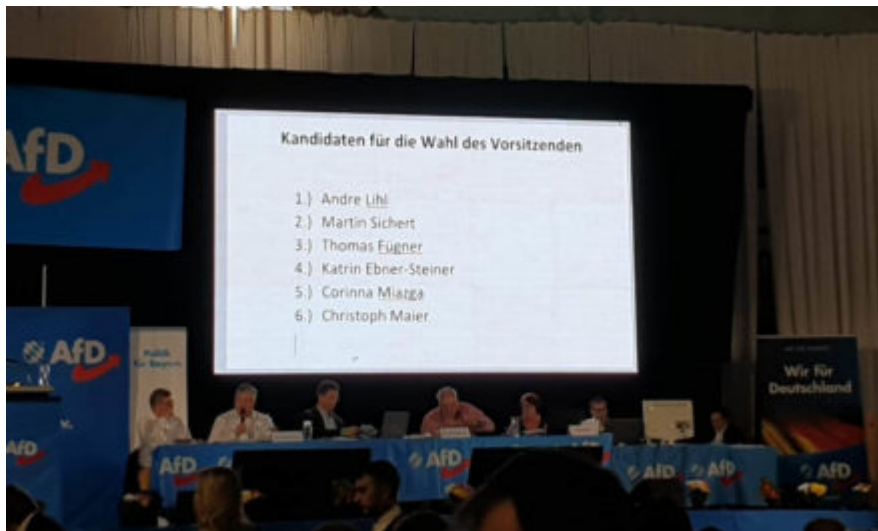
# Eilmeldung: Corinna Miazga neue Landesvorsitzende der AfD-Bayern

Von EUGEN PRINZ | Die bayerische AfD wählt an diesem Wochenende beim Parteitag im mittelfränkischen Greding ihren Landesvorstand neu. Mit besonderer Spannung wurde die Wahl des oder der neuen Landesvorsitzenden erwartet. Teile der Mitglieder machen den bisherigen Amtsinhaber Martin Sichert dafür verantwortlich, dass die AfD in Bayern bei der Landtagswahl nicht so gut abgeschnitten hatte, wie man sich das erhoffte.

Zudem trägt der Landesvorsitzende natürlich auch eine Mitverantwortung für den Zustand seines Landesverbandes. Bei sehr wohlwollender Betrachtung könnte man sagen, dass hier noch viel Luft nach oben ist. Böse Zungen würden die bayerische AfD als zerstrittenen Haufen bezeichnen und liegen damit nicht falsch.

## Wer wird kandidieren?

Mit Spannung wurde erwartet, wer seinen Hut in den Ring werfen würde. Neben Martin Sichert waren das der bis dato überregional nicht in Erscheinung getretene Schatzmeister im Kreisverband Würzburg, André Lihl, das Landesvorstandsmitglied Thomas Fügner und der Memminger Rechtsanwalt Christoph Maier. Überraschenderweise kandidierten auch die Fraktionsvorsitzende der AfD im bayerischen Landtag Katrin-Ebner Steiner und die AfD Bundestagsabgeordnete Corinna Miazga, Mitglied im Ausschuss für Europäische Angelegenheiten. Nach Informationen von PI-NEWS wurden die beiden Power-Frauen von ihren Anhängern zur Kandidatur gedrängt.



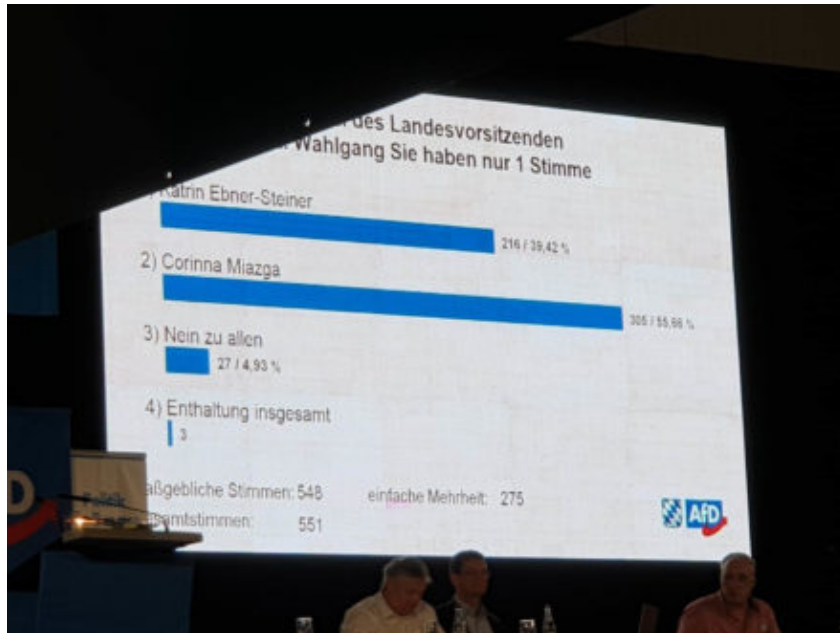
Als es darum ging, sich bei den Parteimitgliedern für den Vorsitz des Landesverbandes zu empfehlen, konnte Corinna Miazga mit ihrem rhetorischen Talent punkten. In diesem Bereich gibt es wenige in der AfD, die ihr das Wasser reichen können.

Dann der mit Spannung erwartete 1. Wahlgang: Corinna Miazga ließ mit 184 Stimmen den bisherigen Landesvorsitzenden Martin Sichert (148 Stimmen) hinter sich, aber das Feld der Bewerber wurde zunächst von Katrin Ebner-Steiner mit 204 Stimmen angeführt.

Nachdem keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erzielen konnte, gab es eine Stichwahl zwischen Corinna Miazga und Katrin Ebner-Steiner.

**... und die neue bayerische AfD Landesvorsitzende heißt:**

Das Ergebnis sah dann so aus:



Das Ergebnis der Stichwahl

Was sicherlich zum Wahlsieg von Corinna Miazga beigetragen hat, ist die Tatsache, dass sie sowohl für den Flügel als auch für die Alternative Mitte wählbar ist. Ihr rhetorisches Talent sowie ihr selbstbewusstes und sympathisches Auftreten bei Versammlungen hat sicherlich ebenfalls eine große Rolle gespielt.

Man kann der bayerischen AfD zu dieser Wahl nur beglückwünschen. Corinna Miazga ist wie keine zweite geeignet, die bayerische Alternative für Deutschland nach außen zu vertreten. Für ihre schwierige Aufgabe, die verschiedenen Lager des bayerischen Landesverbandes miteinander zu versöhnen, kann man ihr nur viel Kraft und Erfolg wünschen.



Eugen Prinz  
im Mai 2019

auf dem  
Kongress der  
Neuen Medien  
in Berlin.

*[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).*

---



## **Sachsen: Schwerer Brandanschlag auf AfD- Fahrzeugpark in Meißen**

Unbekannte Täter, vermutlich aus der linksextremistischen Szene, verübten in der Nacht zum Sonnabend einen schweren Brandanschlag auf das Privatgrundstück eines AfD-Politikers in Meißen (Sachsen). Auf dem Grundstück, das in unmittelbarer Nähe eines Tierheims liegt, befindet sich ein Teil des Fahrzeugparks der Partei. Mehrere Autos wurden vernichtet. Der Sachschaden beträgt 40.000 bis 50.000 Euro. Der Staatsschutz ermittelt.



# Gauland: Steinmeier verlässt mit Äußerungen Boden der Neutralität

Von H.G. | Zwischen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) und der AfD knallt es gewaltig. [Steinmeier hatte in einem Spiegel-Interview](#) die AfD als antibürgerlich bezeichnet



und sich auf Äußerungen des AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland bezogen, in denen er die AfD als bürgerliche Partei reklamiert hatte. Die AfD wehrt sich umgehend: Steinmeier [verlasse den Boden der Neutralität](#), die ihm sein Amt verpflichtete, sagte Gauland.

Im Spiegel hatte Steinmeier erklärt, dass Bürgertum, Rechtsstaat und individuelle Freiheitsrechte zusammen gehörten. „Wer sich in dieser Tradition sieht, der kann nicht gleichzeitig einem ausgrenzenden, autoritären oder gar völkischen Denken huldigen. Das ist das Gegenteil von bürgerlich: Es ist antibürgerlich.“

Steinmeier unterstellte der AfD, „völkisch kollektivistisch“ zu sein statt „aufgeklärt bürgerlich“. Beides zusammen gehe nicht. Und er warf der AfD im Umkehrschluss vor, nicht die Haltung des Bürgerlichen zu haben, wie es die Verteidigung der Freiheit, die Anerkennung des Individuums und den Respekt vor Andersdenkenden erfordere.

Harter Toback für einen „neutralen“ Präsidenten mit letztlich unbewiesenen und widerlegbaren Behauptungen. Die Reaktion der AfD kam postwendend vom gescholtenen Bundessprecher Gauland: „Steinmeier verlässt mit seinen Äußerungen zur AfD und mir den Boden der Neutralität. Ein Bundespräsident sollte sich nicht in Parteipolitik einseitig einmischen. Er ist Bundespräsident für alle Parteien und für alle Deutschen. Ich unterhalte mich gerne mit ihm unter vier Augen über das, was bürgerlich ist und sein sollte. Öffentliche Parteinahme gegen eine demokratische Partei gebührt nicht dem Amt des Bundespräsidenten.“

Auch Co-Bundesvorsitzender Prof. Jörg Meuthen widersprach Steinmeier: „Der Bundespräsident verlässt mit solchen Äußerungen erstens seine Rolle, die eine parteipolitisch neutrale zu sein hat. Zweitens redet er Unfug, wenn er der strikt rechtsstaatlichen, konservativ-freiheitlichen AfD die Bürgerlichkeit abspricht. Er wird das auch wissen, nimmt aber

leider aktiv am politischen Kampf gegen die AfD teil. Wenn Herr Steinmeier eine linksradikale und gewaltverherrlichende Texte skandierende Band wie „Feine Sahne Fischfilet“ goutiert und zu Gratiskonzerten einlädt, ist das wohl eher ein Beleg, dass es tatsächlich ihm selbst an wahrer Bürgerlichkeit mangelt.“

Klar ist, dass sich Steinmeier auf dünnem Eis bewegt. Denn Äußerungen des Präsidenten haben aufgrund seiner herausgehobenen Stellung auch politisches Gewicht und können die Chancengleichheit einer politischen Partei verletzen. Allerdings dürfte er auf die Karlsruher Verfassungsrichter vertrauen können, die bereits 2014 in einer Klage der NPD gegen den damaligen Präsidenten Joachim Gauck diesem den Hals gerettet hatten. Gauck hatte die NPD indirekt als Spinner bezeichnet. Negative Äußerungen des Präsidenten seien, so die [Schlussfolgerung des Gerichts](#) damals, lediglich darauf zu untersuchen, ob mit ihnen unter evidenter Vernachlässigung der Integrationsfunktion und damit willkürlich Partei ergriffen werde. An diesem Maßstab gemessen urteilte das Gericht erwartungsgemäß, Gauck habe die Amtspflichten des Bundespräsidenten durch seine Äußerung nicht verletzt.

Natürlich dürften auch Steinmeier und seine Rechtsabteilung das wohlwollende und freisprechende Urteil von damals kennen und sich relativ sicher fühlen. Insofern müssen Steinmeiers Äußerungen als das bewertet werden, was sie sind: die reine, bewusste Provokation gegen einen aufrückenden politischen Gegner der Altparteien und eine spezielle Schützenhilfe für Steinmeiers Mutterpartei SPD, die der Einstelligkeit entgegendriftet. Fazit: Steinmeiers Volte ist eines „bürgerlichen“ Bundespräsidenten unwürdig.